

Rahmenbedingungen der Dialogarbeit

2024 kann als ein Jahr beschrieben werden, in dem die Rahmenbedingungen für interreligiöse Dialogarbeit zugleich anspruchsvoller und bedeutsamer geworden sind. Gesellschaftliche Polarisierungen, sicherheits- und finanzpolitische Verunsicherungen sowie eine zunehmende religiöse und weltanschauliche Vielfalt bzw. deren Infragestellung haben die Anforderungen an Dialogformate deutlich erhöht. Gleichzeitig wuchs das Bewusstsein dafür, dass tragfähige Strukturen des Dialogs einen wichtigen Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt, Demokratieförderung und Gewaltprävention leisten.

Auswirkungen auf die Kommunikation.

Das Jahr 2024 war geprägt von anhaltenden Krisenerfahrungen (Krieg, Migration, Energie- und Teuerungskrise) sowie einer zunehmenden politischen Polarisierung. Dies hatte auch Auswirkungen auf das Klima zwischen religiösen und weltanschaulichen Gruppen. Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nahmen stark zu und rückten dadurch in den Fokus. Interreligiöse Akteure wurden daher häufiger als Ansprechpartner für Prävention und Bildung angefragt. Gleichzeitig nahm die religiöse Pluralität weiter zu, sodass Kommunen und Einrichtungen verstärkt nach Orientierung im Umgang mit Religionsgemeinschaften und säkularen Weltanschauungen suchten.

Die Dialogarbeit stand 2024 im Spannungsfeld zwischen begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen einerseits und einem wachsenden Erwartungsdruck andererseits. Diskussionen über rechtliche Anerkennung, Gleichbehandlung unterschiedlich organisierter Religionsgemeinschaften sowie Fragen der Religionsfreiheit und Sicherheit prägten die Bedingungen vieler Begegnungen. Für die ehrenamtlichen Beauftragten bedeutete dies, antisemitische Entwicklungen noch deutlicher wahrzunehmen und im Blick zu behalten.

Die religiöse Landschaft im Landkreis Friesland im Jahr 2024.

Im Jahr 2024 war die Landschaft des Landkreises Friesland von religiöser Diversität geprägt. Zwar stellte die traditionell protestantische Mehrheit weiterhin den größten Anteil, ihr Anteil nahm jedoch weiter ab. Gleichzeitig wuchs der Anteil der Konfessionslosen, Muslime und Angehörigen anderer Glaubensgemeinschaften. Der Landkreis zählte rund 98.000 Einwohner:innen, von denen etwa 47 Prozent evangelisch, rund 8 Prozent katholisch waren und der Rest größtenteils konfessionslos oder anderen Religionen zugehörig war. Aufgrund der historischen Entwicklung durch Reformation, Toleranzpolitik und Zuwanderung blieb die Region ein Mosaik christlicher Strömungen, das durch islamische, mennonitische und kleine jüdische Einflüsse ergänzt wurde.

Konfessionelle Verteilung.

Die Evangelisch-lutherische Kirche dominierten zahlenmäßig weiterhin, doch ihr Anteil sank jährlich um etwa einen Prozentpunkt, wie aus den Mitgliederstatistiken der Oldenburgischen Kirche bis 2024 hervorgeht. In Städten wie Schortens fiel der evangelische Anteil von 55 Prozent im Jahr 2011 auf unter 47 Prozent im Jahr 2020, während der Anteil der Konfessionslosen auf 45 Prozent stieg. Muslime, vor allem türkischstämmig und durch Geflüchtete aus dem Nahen Osten und vom Balkan verstärkt, wurden auf über sechs Prozent geschätzt, wenngleich sie nicht exakt erfasst wurden.

Historische und aktuelle Vielfalt.

In Friesland gibt es vier jüdische Friedhöfe (in Varel, Jever, Neustadtgödens und Schortens), die Zeugnisse vergangener Gemeinden bis in die 1930er Jahre sind. Orte wie Neustadtgödens verkörpern Toleranz, indem sie lutherische, reformierte, mennonitische, katholische und jüdische Traditionen nebeneinander existieren ließen. Die ökumenischen Kooperationen zwischen Lutheranern, Katholiken, Freikirchen und Neuapostolischen wuchsen und wurden durch Pilgerwege und gemeinsame Veranstaltungen ergänzt. Aus diesem Grund gab es zum Jahresende vermehrt Aktivitäten des Beauftragten in Neustadtgödens, unter anderem aufgrund von Anfragen aus der Bevölkerung.

Aufgrund des erstarkenden Antisemitismus habe ich die jüdischen Friedhöfe der Region verstärkt besucht, um Schändungen frühzeitig den Behörden melden zu können.

Interreligiöse Initiativen.

Seit 2021 setze ich als ehrenamtlicher Beauftragter für interreligiösen Dialog den Fokus auf Netzwerkarbeit und die Schaffung von Brücken zur Verwaltung sowie zur Migrantenintegration.

Im Jahr 2024 organisierte ich Kundgebungen für die Demokratie und Religionsfreiheit sowie gegen Antisemitismus, etwa zum Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober, und pflegte weiterhin den Austausch im Arbeitskreis Religionenhaus Friesland-Wilhelmshaven. Diese Arbeit spiegelte den Trend zu mehr Dialog inmitten gesellschaftlicher Polarisierung wider.

Mahnwachen gegen Antisemitismus zum 7. Oktober 2024.

In Kooperation mit den Kommunen, den christlichen Kirchen und dem Rogate-Kloster organisierte ich am 7. Oktober 2024 zwei Kundgebungen zum Jahrestag des Hamas-Terroranschlags: eine in Neustadtgödens bei der ehemaligen Synagoge und eine in Wilhelmshaven. Unter dem Motto „Für Zusammenhalt, die Freilassung der Geiseln und den Schutz jüdischen Lebens“ appellierten diese Mahnwachen für Frieden und Toleranz und gegen Hass. Es wurden Reden von Politikern wie dem Bürgermeister von Sande, Stephan Eiklenborg, und dem Kreistagsvorsitzenden Jannes Wiesner gehalten. Jüdisch-christliche Friedensgebete unterstrichen den Aufruf zur Solidarität mit den jüdischen Gemeinden. Sie wurden in Absprache mit der zuständigen Jüdischen Gemeinde zu

Oldenburg veranstaltet. Zudem hatte ich um die Mitwirkung eines jüdischen Kantors gebeten und dessen Aufenthalt organisiert und begleitet.

Netzwerk- und Integrationsarbeit.

Um die Gründung eines „Rates der Religionsgemeinden“ bemühte ich mich weiterhin, stieß damit aber in den Moschee-Gemeinden der Region auf wenig bis keine Resonanz. Dennoch pflegte ich weiterhin Netzwerke und den Austausch mit Nachbarkreisen. Diese Initiativen förderten die Integration von Migranten, indem sie religiöse Identitäten anerkannten und Begegnungsformate schufen. Dadurch wurden demokratische Werte wie Respekt vor Vielfalt gestärkt. Als Ansprechpartner für Projektförderungen unterstützte ich dialogbasierte Maßnahmen gegen Extremismus, insbesondere durch kleinere, netzwerkbasierende Initiativen in Form von dialogfördernden Projekten, die demokratische Werte wie Toleranz und Zusammenhalt stärken.

Solidarität mit Jüdinnen und Juden in der Region.

Als Beauftragter organisierte ich am 21. Januar 2024 einen Solidaritätsbesuch bei der Jüdischen Gemeinde Oldenburg. Dieser Besuch war eine direkte Reaktion auf den Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023 sowie auf den Brandanschlag auf die Synagoge in Oldenburg am 14. Januar 2024, bei dem Unbekannte die Eingangstür der Synagoge mit einem Brandbeschleuniger in Brand setzten. Dieser Anschlag löste landesweite Empörung aus und unterstrich die wachsende Bedrohung für jüdisches Leben. Zur Gemeinde Oldenburg gehören regional betrachtet, Jüdinnen und Juden, die in Friesland leben.

Mit dem Besuch sollte Solidarität mit der jüdischen Gemeinde bekundet, der Schutz jüdischen Lebens gefordert und interkonfessionelle Netzwerke gegen Antisemitismus gestärkt werden. Er sollte Vertrauen signalisieren, die Arbeit der Gemeinde sichern und ein Zeichen gesellschaftlichen Zusammenhalts setzen - insbesondere nach der rechtsextremen Mobilisierung in Potsdam.

Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Oldenburg, darunter der Gemeindevorstand und die Rabbinerin Alina Treiger, sowie Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung nahmen an dem Gespräch teil. Unter den Teilnehmern waren Landtagsabgeordnete, Landräte wie Sven Ambrosy und Oberbürgermeister aus Emden und Wilhelmshaven.

Im Gespräch mit dem Gemeindevorstand und der Rabbinerin wurden die Sicherheitslage, die schulische Antisemitismusprävention und eine vertiefte Zusammenarbeit besprochen. Dabei wurde Unterstützung und Schutz jüdischen Lebens versprochen. Die Delegation versprach Unterstützung, engere Zusammenarbeit und konkrete Maßnahmen gegen Hasskriminalität.

Interkonfessionelle Friedensgebete in Wilhelmshaven.

Ich initiierte im Februar 2022 monatliche interkonfessionelle Friedensgebete als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine und trug diese als ehrenamtlicher Beauftragter für

interreligiösen Dialog aktiv weiter. Diese Gebete schufen Raum für Reflexion unter Engagierten mit Geflüchteten sowie Einblicke für die Öffentlichkeit durch „Interventionen“ – Referate von politisch Verantwortlichen (z.B. Kreisrätin S. Vogelbusch) oder Engagierte in Integrationsmaßnahmen. Die Gebete werden von einem breiten Bündnis getragen: römisch-katholische St. Willehad-Gemeinde, evangelisch-lutherischer Kirchenkreis Friesland-Wilhelmshaven, Neuapostolische Gemeinde Wilhelmshaven, koptische St. Maria- und Mauritius-Gemeinde, Caritas Dekanat Wilhelmshaven, Diakonisches Werk Friesland-Wilhelmshaven und Rogate-Kloster Sankt Michael. Dieses Netzwerk unterstreicht die Rolle als Vermittler zwischen Konfessionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Die Gebete verbinden ökumenische Liturgie mit praxisnahen „Interventionen“, die aktuelle Herausforderungen der Flüchtlingsarbeit thematisieren und demokratische Werte wie Solidarität fördern. 2024 dienten sie der anhaltenden Unterstützung von Ukraine-Engagierten inmitten gesellschaftlicher Spaltungen und stärkten interreligiösen Zusammenhalt.

Kundgebung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.

Die Kundgebung „So hat es damals auch angefangen. – Friesland und Wilhelmshaven für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ am 20. Januar 2024 auf dem Valoisplatz in Wilhelmshaven war eine Reaktion auf die Enthüllungen des Recherchekollektivs Correctiv über ein Treffen rechtsextremer Akteure in Potsdam, bei dem Pläne zu Massendeportationen diskutiert wurden.

Das Zitat der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer unterstrich die historische Parallele zum Aufstieg des Nationalsozialismus und mobilisierte gegen Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Der Anlass war die wachsende Bedrohung durch rechtsextreme Positionen, steigende antisemitische Übergriffe, die die Demokratie gefährdeten.

Ein breites Bündnis rief zur Kundgebung auf. Dazu gehörten der evangelisch-lutherische Kirchenkreis Friesland-Wilhelmshaven, SPD (verschiedene Ebenen), CDU Wilhelmshaven, Bündnis 90/Die Grünen, CSD Wilhelmshaven, BUND, NABU, Bündnis gegen Rechts und weitere Gruppen.

Die Kundgebung begann um 12:00 Uhr und dauerte mehrere Stunden, mit Reden von lokalen Akteuren wie Minister Olaf Lies, Oberbürgermeister Carsten Feist, Landrat Sven Ambrosy, Kreispfarrer Christian Scheuer, Diakonie-Vertretern, Fridays for Future und anderen. Sie umfasste Appelle für Solidarität, Menschenrechte, Religionsfreiheit und die „Brandmauer“ gegen Rechts, ergänzt durch musikalische und gemeinschaftliche Elemente. Laut Polizei nahmen etwa 2.500 Menschen teil, was eine starke regionale Mobilisierung gegen Extremismus zeigte.

Als Beauftragte war in der Rolle als Mitinitiator und Organisator maßgeblich beteiligt, vermittelte kirchliche Beteiligung und stärkte den interreligiösen Dialog gegen Polarisierung.